

Zu Punkt **6.7**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes vom  
30.11.2017



## **ANTRAG**

**an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich**

**am 30.11.2017**

Wien, 08.11.2017

### **Solidarische Pflichtmitgliedschaft erhalten!**

Die Sozialpartnerschaft in Österreich hat eine lange und funktionierende Tradition. Sie regelt nicht nur den Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, sondern bringt wichtige Gesetzesänderungen auf den Weg und sorgt für den sozialen Frieden in unserem Land. Ihre Funktion und Aufgaben durch ein Rütteln an der solidarischen Pflichtmitgliedschaft in den Interessensvertretungen in Abrede zu stellen, ist ein Anschlag auf soziale Gerechtigkeit und schadet dem Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig.

Die solidarische Pflichtmitgliedschaft in den jeweils zuständigen Interessensvertretungen stellt die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs dar und strahlt durch ihre Errungenschaften und Tätigkeit weit in die Gesellschaft hinein.

Rechtssicherheit wird sichergestellt: Durch gemeinsame Ausverhandlung der Kollektivverträge, werden die Interessen der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite sichergestellt. Gleichzeitig gibt es durch den sozialpartnerschaftlichen Dialog in Österreich eine der geringsten Streikbereitschaftsquoten in Europa und sichert somit den Wirtschaftsstandort.

Qualitätssicherung im Ausbildungssystem: Die duale Ausbildung wird durch die Kammern sichergestellt. Von der Qualitätssicherung der Ausbildungsbetriebe über die Abnahme der

Meisterprüfung bis hin zur Finanzierung von Fachhochschulen, nehmen die Kammern eine unverzichtbare Rolle in unserem Bildungssystem ein.

Sozialer Friede wird aufrechterhalten: Durch die Einbindung der Sozialpartner in den Gesetzgebungsprozess, die nur durch eine flächendeckende Mitgliedschaft möglich ist, wird ein frühzeitiger Interessenausgleich sichergestellt. Die Pflichtmitgliedschaft schützt jedoch nicht nur die Interessen von Erwerbstätigen, sondern auch jene von EPU's und KMUs gegenüber der Willkür von Großkonzernen.

Als sozialdemokratischer Wirtschaftsverband sprechen wir uns daher klar für eine solidarische Pflichtmitgliedschaft und gegen die Schaffung einer Elitenkammer aus!

Gleichzeitig müssen sich die Kammern als Interessensvertretungen auch geänderter Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft anpassen. Dafür heißt es gewachsene Strukturen zu hinterfragen und mit Demokratisierung und Transparenz einer modernen Gesellschaft Rechnung tragen.

**Der SWV Österreich stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, diesen zu unterstützen:**

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich spricht sich für den Erhalt der Pflichtmitgliedschaft bei Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer aus und fordert die Wirtschaftskammer auf, sich beim, mit der Regierungsbildung beauftragten Außenminister Kurz und seinem Gesprächspartner bei den Koalitionsverhandlungen FPÖ Obmann Heinz Christian Strache dafür einzusetzen und sich mit notwendigen, strukturellen Änderungen innerhalb der WKO auseinanderzusetzen.



Abg. z. NR Dr. Christoph Matznetter  
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny  
Mitglied des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal  
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Österreich*